

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Mutiges Regieren und Chancen nutzen – damit Rheinland-Pfalz die Zukunft wirklich gewinnt

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
68. Plenarsitzung, Mittwoch, 24. Oktober 2018**

„Doppelhaushalt 2019/2020“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

24.10.2018

I. Einstieg

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein Landeshaushalt legt **entscheidende Grundlagen**. Nicht nur für die beiden kommenden Jahre. Nicht allein für 2019 und 2020. **Es geht auch um 2030.**

Ein guter Landeshaushalt ist eine Art **Bauplan**, für Gegenwart und Zukunft, für spätere Stockwerke. Aber der Doppelhaushalt, Anrede, den die Landesregierung gestern vorgelegt hat, ist eher **Stückwerk, das versucht, Rückstände aufzuholen.**

Frau Ministerin Ahnen, Sie können es drehen, wenden und verkaufen wie Sie wollen: **Die DNA, der Bauplan Ihrer Zahlen – ist und bleibt die langjährige Schuldenpolitik SPD-geführter Landesregierungen!**

Über einen Landeshaushalt kann man nur dann ernsthaft beraten, wenn man gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Blick hat. Insofern ist das Motto des Haushalts „**Gemeinsam – Zuversichtlich – Zukunft gestalten**“ ein Schritt in die richtige Richtung. Wir meinen aber, es muss noch mehr dazu: **Mutiges Regieren und Chancen nutzen – damit Rheinland-Pfalz die Zukunft wirklich gewinnt.**

Anrede,

derzeit haben viele Menschen das Gefühl, es gebe **zu viel Veränderung, zu viel Umbruch**, um sie herum. In der Welt, in Europa, in ihrer Stadt, in ihrem Dorf. Am Arbeitsplatz, beim Wetter, in der Kirche, auf der Straße. Die einen gehen lässiger damit um. Sie sagen etwa: „Digitalisierung first, Bedenken second“. Und die anderen, die wählen Protest, weil sie eben mit der Digitalisierung nicht klarkommen.

Ich weiß nicht, ob wir wirklich vor einer „Zeitenwende“ stehen, wie manche Wissenschaftler sagen. Aber für viele Bürgerinnen und Bürger fühlt es sich in ihrem Alltag genauso an.

- **Sie spüren:** Bewährtes wird alt.
- **Sie sind verunsichert:** Durch die vielfältigen Formen des technischen Fortschrittes

- **Sie fragen:** Wo führt das alles noch hin?
- **Sie zweifeln:** Ob die Politiker sich darum genug kümmern und die Probleme noch in den Griff kriegen.
- **Sie möchten:** Ihre Lebensverhältnisse geschützt sehen.

Wir alle hören es ja in Gesprächen. Da ist viel mehr als früher, eine Sehnsucht **nach Heimat**, nach Sicherheit, nach Ordnung, nach Geborgenheit.

Obwohl es uns eigentlich gut geht. Wir leben in Frieden und in Freiheit. Die Beschäftigung stimmt, die wirtschaftliche Konjunktur bleibt hoch – und dennoch ist da die verbreitete Angst, dass es uns morgen schlechter geht als heute.

Denn die eigenen Erfahrungen, der eigene Alltag, passen mit den Superlativen, die von der Politik zu hören sind, mit starken Zahlen, Wirtschaftserfolgen, sprudelnden Steuereinnahmen nicht recht zusammen. Etwa dann,

- wenn der Facharbeiter die **Miete** für die Familie nicht aufbringen kann,
- wenn der **Unterricht** der Kinder ausfällt,
- wenn im dörflichen Ortskern die eigene Immobilie kaum noch etwas wert ist,
- wenn Schwimmbäder schließen,
- wenn sich der Zustand von Straßen verschlechtert oder Staus den Weg zur Arbeit unkalulierbar machen.
- wenn der langjährige Arzt seine Praxis aufgibt,
- wenn die Bankfiliale schließt und ein Supermarkt nur noch 15 km und zwei Dörfer weiter zu erreichen ist.

Zunehmend reagieren Bürgerinnen und Bürger verunsichert – **Frau Ministerin Ahnen**, das haben Sie zurecht betont. Genau in diese Zeit der Verunsicherung fällt der Doppelhaushalt 2019/20. **Umso mehr** ist es unsere Aufgabe als Politiker, **Vertrauen durch Verantwortung** zu erhalten und zurückzugewinnen.

Wir müssen prüfen: Welche Probleme in Rheinland-Pfalz müssen zuerst angepackt werden und wie muss das Geld, das dem Land zur Verfügung steht, **so** ausgegeben werden, dass ein Jeder und eine Jede die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Unterstützung vorfindet?

Dieser Haushalt muss mehr denn je

- ins Land und seine Menschen investieren
- Orientierung bieten, die Vertrauen wachsen lässt
- und Sicherheit in allen Lebensbereichen gewährleisten

II. Voraussetzungen, auf die der Haushalt aufbauen kann

1. Ausgeglichener Haushalt ist anstrengungsloser Erfolg

Anrede,

mit diesem ersten Null-Schulden-Haushalt – laut der vorgelegten Rechnung – ist eine neue Phase der Landespolitik in Rheinland-Pfalz erreicht. Ich kann nur sagen: Endlich! **Viel zu lange haben Sie dafür gebraucht.**

Die Landesregierung hat sich bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes bemüht, den Eindruck zu erwecken, die „Schwarze Null“ sei eine Errungenschaft ihres Regierungshandelns und das Ergebnis harter Konsolidierungsarbeit über mindestens zehn Jahre – ureigener Erfolg also. **Wem wollen Sie das denn weismachen? Das glauben Sie doch selber nicht!** Nein, es handelt es sich um **anstrengungslosen Reichtum, um anstrengungslosen Erfolg**. Man kann auch sagen: Sie haben einfach nur viel Glück gehabt!

Die Steuereinnahmen belaufen sich im Jahr 2019 voraussichtlich auf 14,6 Mrd. und 2020 sogar auf 15,3 Mrd. Euro¹. Neue Zuwächse von fast 17% seit 2016²! Die Steuereinnahmen sind damit so hoch wie nie zuvor. Basis für dieses Wirtschaftswachstum sind

- europa- und bundespolitische Rahmenbedingungen
- und anhaltend hohe Konsum- und Exportquoten.
- Hinzu kommt die anhaltende Niedrigzinsphase, die einerseits der Wirtschaft hilft und andererseits die Zinslasten des Landes seit Jahren drückt.

¹ Eckwerte Haushaltsentwurf 2019/2020

² Jahresrechnung 2016

So spart das Land in den Jahren 2019 und 2020 rd. 426 Mio. € an Zinsen, im Vergleich zum Jahr 2018.³

Anrede – das sind Voraussetzungen, die nicht selbst erarbeitet wurden. In Wirklichkeit ist Ihnen der ausgeglichene Haushalt buchstäblich in den Schoß gefallen. Eigenleistung? Fehlanzeige!

Um die vermeintlichen Anstrengungen der Landesregierung noch aus anderer Sicht ins rechte Licht zu rücken: Trotz eines ausgeglichenen Haushaltssaldos sind die Schulden im Land und in seinen Kommunen überproportional hoch. Nach wie vor liegt Rheinland-Pfalz auf dem **drittletzten Platz der westdeutschen Flächenländer**, was die Pro-Kopf-Verschuldung angeht und sogar auf dem **vorletzten Platz bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf kommunaler Ebene**.⁴

2. Absicherung vor Risiken

Wenn wir diesen Haushalt näher betrachten, so steht er auf tönernen Füßen. Da sind neben den Chancen gewaltige Risiken, vor denen es sich abzusichern gilt. Um nur einige zu nennen: Da ist das **niedrige Zinsniveau**, das in Zukunft nur eine Richtung kennen wird: Nach oben. In den USA erleben wir den Zinsanstieg bereits, Europa wird sich dem dauerhaft nicht entziehen können. Das Risiko ist umso höher, je höher der angehäuften Schuldenberg ist.

Die Folge können **Wachstumsdellen und damit verbunden auch Einbrüche bei den Steuereinnahmen** sein. **Auch die demografische Entwicklung** wird dem Wirtschaftswachstum Dynamik entziehen. **Zurückgehende Verbraucherzahlen** in Deutschland und Europa können die Entwicklung der Steuereinnahmen dämpfen.

Mit dem **Brexit** steht uns der Verlust eines Schwergewichts im europäischen Binnenmarkt bevor. Die Auswirkungen könnten uns als exportstarke Rheinland-Pfälzer treffen. Und wie sich die **Staatschulden in Italien**, der viertgrößten Volkswirtschaft Europas entwickeln, mit allen möglichen Auswirkungen, ist noch völlig offen.

³ Ansatz Zinausgaben 2018: 857 Mio. €; Ansatz 2019: 634 Mio. €; Ansatz 2020: 654 Mio. €

⁴ Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5.2 (Stichtag: 30.06.2018)

Anrede,

die beste Vorsorge gegen mögliche Risiken sind **die Stärkung der eigenen Wirtschafts- und Finanzkraft** und **der Abbau von Schulden**. Beides liegt in unserer Verantwortung.

3. Vorausschauende Politik muss Chancen nutzen

Anrede,

die Kunde von einem ausgeglichenen Haushalt ist erstmal eine gute Nachricht. Dass der Landeshaushalt nun mit Überschüssen rechnen kann, eröffnet Chancen. In Verbindung mit dieser neuen Finanzlage steht das Land jetzt an einer entscheidenden Wegmarke:

- Wir müssen uns heute, wo es uns gut geht, vorbereiten auf eine Zeit, in der das Wirtschaftswachstum sinkt und die Zinsen steigen.
- Wir müssen unsere Kommunen in die Lage versetzen, dauerhaft eine gute Daseinsvorsorge zu gewährleisten.
- Wir müssen intakte Lebensadern schaffen, ordentliche Straßen, leistungsfähiges Internet.

Anrede,

nur eines dürfen wir jetzt nicht machen. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen. **Es ist an der Zeit, mutig umzusteuern! Es ist an der Zeit, sich auf Kernaufgaben zu konzentrieren.**

III. Rheinland-Pfalz braucht eine perspektivische Neugestaltung des Landes

1. Konzentration auf Kernaufgaben

Spät hat die Landesregierung Vorschläge der CDU-Fraktion aufgegriffen und will jetzt unververtretbare Einschnitte bei Polizei, Justiz und Lehrern Fehler der Vergangenheit beheben.

So finden sich viele positive Ansätze:

- Zusätzliche Stellen bei der Polizei
- Investitionen in technische Ausstattungen
- Stellenzuwächse in der Justiz
- ein erster Schritt bei der Beamtenbesoldung
- Erhöhung der Tourismuskittel
- Mehr Feuerwehrlehrkräfte
- Ein zusätzliches Frauenhaus
- Förderung der Laienmusik
- und einiges mehr...

Frau Ministerin Ahnen,

ganz offensichtlich geben Sie viel Geld aus, aber das Geld, das Sie ausgeben für die Anträge, die Sie bei uns abgeschrieben haben, ist schon mal gut ausgegebenes Geld!

Anrede,

ganz offensichtlich haben Sie sehr aufmerksam unsere Plenaranträge und Veröffentlichungen mitnotiert, bei den vielen Vorschlägen der CDU-Fraktion, die Sie hier übernommen haben.

Nur **eines** haben Sie nicht übernommen, nämlich den **roten Faden**. Eine Anhäufung von Maßnahmen macht noch lange keine nachhaltige Politik. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung: Es bedarf einer **Konzentration** auf die **Kernaufgaben** der Landesebene. Diese Kernaufgaben sind für uns:

- Bildung
- Sicherheit
- Infrastruktur
- und der Zusammenhalt im Land durch eine dauerhafte Stärkung und finanzielle Ausstattung der Städte, Kreise und Gemeinden.

2. Schuldenabbau

Deutlich stärker als bisher muss das Land daher in den Abbau seiner eigenen Schulden im Kernhaushalt investieren.

Die Bildung von Rücklagen ist kein Allheilmittel. Bei steigenden Zinsen und sinkenden Einnahmen sind Rücklagen schneller aufgezehrt, als uns das lieb sein kann. Die Rückführung von Verbindlichkeiten und die Befreiung von hohen Zinslasten in der Zukunft sind das Gebot der Stunde.

Kommunale Altschulden

Das Land ist für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich.

- Waren es vor wenigen Jahre noch vier Kommunen, kommen mittlerweile **7 der 10 höchstverschuldeten Kreise und Städte** aus Rheinland-Pfalz. Vier weitere folgen in den Top 20.⁵
- Einem Drittel aller Kommunen in Rheinland-Pfalz gelingt weder mit dem alten noch mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz der Ausgleich ihrer Haushalte.
- Die kommunalen Investitionsquoten sind im Keller.
- noch kurz vor der Einbringung des Haushaltes haben Sie ihr Konzept für einen Zins-sicherungsschirm vorgestellt. Dieser Kabinettsbeschluss ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist!

9 Mio. Euro gibt das Land in diesen Sicherungsschirm, weitere 9 Mio. kommen abermals aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Bei derzeit rund 6,5 Mrd. Euro an Kassenkrediten kann gerne ein jeder ausrechnen, wie hoch der tatsächliche Bedarf wäre, wenn die Zinsen lediglich um einen Prozentpunkt ansteigen.

Der Wissenschaftliche Dienst hat unmissverständlich festgestellt, dass die Landesregierung den Stabilisierungsfonds zu einem Selbstbedienungsladen – und zwar für sich selbst – gemacht hat.

⁵ Kommunaler Finanzreport 2017, BertelsmannStiftung

Und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland stellt fest:

*„Hohe Bestände an kommunalen Kassenkrediten sind nach wie vor konzentriert auf die vier Flächenländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Die sollten eine **stärkere Verantwortung für ihre Gemeinden übernehmen** und zugleich **deren Haushaltsgebaren besser kontrollieren**. Künftig sollten zumindest überjährige kommunale Liquiditätskredite nur noch beim Land aufgenommen werden und diese Kassenkredite auf das Defizit der Länder im Rahmen der Schuldenbremse angerechnet werden. Haftung und Kontrolle werden auf diese Weise besser zusammengeführt.“⁶*

Anrede,

deshalb fordern wir nach dem Muster von Hessen und dem Saarland ein Konzept, wie die Problematik der Kassenkredite zu lösen ist. **Wir fordern die Landesregierung auf, das Zeitfenster der niedrigen Zinsen zu nutzen und die Kassenkredite einem Fonds zuzuführen.**

Damit kann der derzeit niedrige Zinssatz für die kommunalen Kassenkredite dauerhaft festgeschrieben und den Kommunen eine echte und dauerhafte Möglichkeit der Schuldenrückführung eröffnet werden.

Anrede,

so sieht mutiges Regierungshandeln aus, das Chancen eröffnet und das unsere kommunale Ebene fit für die Zukunft macht.

Gehen wir das nicht an, setzen wir die kommunale Daseinsvorsorge auf's Spiel. Konkret heißt das: Schulen können nicht mehr saniert, Schwimmbäder und Straßen nicht in Schuss gehalten und die Fortentwicklung unserer Gemeinden und Ortskerne nicht vorangetrieben werden.

⁶ Randnr. 619, Kapitel 6, Jahresgutachten 2017/18, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Schatten-Schulden

Der fortschreitende Substanzverlust von Landeseigentum bereitet uns große Sorgen. Straßen, Brücken, Gebäude – wichtige Investitionen bleiben aus. Ich spreche von den ausbleibenden Investitionen. Der fortschreitende Verzehr von Landeseigentum wie Straßen, Brücken und Gebäuden, macht uns große Sorgen.

Jeder weiß: Wer heute sein Haus nicht in Schuss hält, läuft Gefahr, dass er morgen nicht nur doppelt zahlt, sondern ausgebliebene Reparaturen an Böden, Leitungen und Fenstern nie mehr aufzuholen sind. Was im Kleinen gilt, gilt auch im Großen.

Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Löcher und Makel im Haus Rheinland-Pfalz so groß, dass die Stabilität nicht mehr gewährleistet ist. Dann müssen ganze Stockwerke einfach gesperrt werden.

Wir werden uns deshalb in den Haushaltsberatungen für **mehr** öffentliche Investitionen stark machen, sowohl analog wie digital. **Mutige Politik** wäre es, diese Schatten-Schulden zu benennen, transparent zu machen und im Haushaltsplan als das aufzuführen, was sie sind.

IV. Handlungsfelder

1. Investitionen für eine starke Wirtschaft

Die Investitionsquote im Landeshaushalt geht seit 2010 kontinuierlich zurück, auf zuletzt nur noch 5,2 % in 2017. **Das sind fast 4 % weniger als im Bundesdurchschnitt.** Die schwache Investitionsquote zeigt auch der Verkehrsetat, der nur geringfügig erhöht wurde, obwohl in Rheinland-Pfalz ein Investitionsstau bei den Straßen in Höhe von **1 Mrd. Euro** besteht.

Die nun vorgesehenen Steigerungsraten im Verkehrsetat decken noch nicht einmal die Preissteigerungen, mit denen innerhalb eines Jahres im Straßenbau zu rechnen ist.⁷ **Real stehen also weniger Mittel zur Verfügung.** Wie Sie mit dieser **Minus-Politik** Infrastrukturpolitik betreiben wollen, bleibt Ihr Geheimnis.

61 neue Ingenieur-Stellen sollen beim Landesbetrieb Mobilität geschaffen werden. Stattlich klingen sie, die Zahlen, die sie zuletzt für die Aufstockungen beim LBM nennen. Aber bisher haben Sie sich nie daran gehalten. Bisher hieß es, Sie wollten 76 neue Ingenieure einstellen. Zu viel versprochen. Tatsächlich:

- 61 der 76 eingestellten Ingenieure sind nur **befristet** eingestellt (Befristung auf ein Jahr).
- Von den neu eingestellten Ingenieuren verfügten nur 31 über Berufserfahrung, davon nur 15 in dem Maße, dass sie sofort unbefristet eingestellt werden konnten.
- Die Neueinstellungen sind kein Netto-Zuwachs. Sie ersetzen lediglich altersbedingte Abgänge von bewährten Ingenieuren. Da die neuen Ingenieure bei weitem noch nicht so erfahren und damit leistungsfähig sind, ist unter dem Strich sogar weniger Arbeitskraft vorhanden.
- Hinzu kommt, dass neue Ingenieure beim LBM immer mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen, weil der LBM dabei ist, 180 Verwaltungsstellen bis 2020 abzubauen. Unter dem Strich stehen also **noch weniger** Arbeitskräfte zur Verfügung.
- Vor diesen Hintergründen ist es kaum verwunderlich, dass im Jahr 2016: 46,2 Mio. Euro und im Jahr 2017: 28,6 Mio. Euro an bereitstehenden Straßenbaumitteln des Bundes nicht abgerufen worden sind.

⁷ Ausgehend vom Verkehrsetat 2018 der LR.: 121.390.700 Mio. € und den 5,6 % Kostensteigerungen zwischen Mai 2017 und Mai 2018, beträgt der Wert der Kostensteigerung **6.798.879,2 Mio. €**

Rechnet man dem Verkehrsetat 2018 (121.390.700 Mio. €) die Kostensteigerung (6.798.879,2 Mio. €) hinzu, kommt man auf den Betrag: **128.188.579,2 Mio. €**. Im Vergleich: Der Verkehrsetat im Entwurf 2019 liegt 3.888.597 € darunter.

Wir werden einen Ansatz i.H.v. **128.188.579,2 Mio. €** für 2019 vorschlagen. Wir erfüllen damit die Kostensteigerung und haben darüber hinaus weitere **7.111.421 Mio. €** zum Abbau des Investitionsstaus zur Verfügung.

2. Innovationskraft fördern

Anrede,

im Jahr 2015 haben Sie die hervorragend arbeitende Stiftung „Rheinland-Pfalz für Innovation“ abgeschafft. Seitdem ist es Ihnen nicht gelungen, ein auch nur annähernd funktionierendes Instrument zur Innovationsförderung zu schaffen. Übrigens: Bei Ihrem hochgepriesen Projekt „Innostart“ hat es seit 2016 gerade einmal 12 Anträge gegeben.

Anrede,

erfolgreiche und dynamische Innovationspolitik sieht **anders** aus.

Eine ganz wichtige Rolle für unsere Zukunft spielen **Forschung und Entwicklung** an Hochschulen und hochschulnahen Einrichtungen. Das gilt besonders für die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Daraus entstehen **neue Firmen** mit **neuen Produkten** und **neue Arbeitsplätzen**.

Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns die **Technische Universität Kaiserslautern**. Ihre Gründung war eine der klügsten politischen Entscheidungen in Rheinland-Pfalz. Sie hat seitdem in der strukturschwachen Region der Westpfalz viel zum Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur geleistet.

Aber diese TU steht in Konkurrenz zu hochleistungsfähigen TU's in den Nachbarländern: die RWTH Aachen, das KIT in Karlsruhe und die TU Darmstadt. Hochschullehrer und Studenten vergleichen die Standorte. Deshalb müssen wir die TU weiterentwickeln und ihr dafür auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Denn hier liegt die Kompetenz.

Für die zentrale Zukunftsaufgabe, die **Digitalisierung von Rheinland-Pfalz**, müssen wir die TU Kaiserslautern zum Digitalisierungszentrum ausbauen.

Lassen Sie uns gemeinsam einen mutigen Schritt machen: Entwickeln wir die fünf großen Städte in Rheinland-Pfalz Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier zu **Smart-Cities**.

Dazu brauchen wir die gebündelte Kompetenz der Universität Kaiserslautern, deren Ausstattung wir entsprechend ergänzen müssen. Lassen Sie uns gemeinsam zu diesem Zweck in Kaiserslautern einen Lehrstuhl implementieren.

3. Stärkung der ländlichen Regionen

Neben den fünf großen Städten gilt unsere besondere Aufmerksamkeit natürlich den ländlichen Regionen.

Prägendes Element von **Heimat** ist eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge. Lebenswerte Dörfer und Gemeinden setzen ortsnahe Zugang zu **Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung** und **Einzelhandel** voraus. Nur wenn das gesichert und vernünftig strukturiert ist, ist Leben in den ländlichen Regionen attraktiv.

Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es auch für junge Leute und für Zuwanderer lohnend ist, sich für unsere ländlichen Regionen zu entscheiden. Entscheidende Faktoren hierfür sind:

- neue Konzepte einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, die über Landarztquoten hinausgeht und
- die Entwicklung eines pädagogisch-didaktischen Konzepts zum Erhalt kleiner Grundschulen. Wer wissen will, wie das gelingen kann, muss nicht weit schauen. In Österreich und der Schweiz gibt es hervorragende Beispiele.

Für eine bessere Ärzteversorgung auf dem Land können es auch die kleinen und klugen Maßnahmen sein, die wie ein Saatkorn, das man in den Boden pflanzt, einen dauerhaften Beitrag leisten können.

Ich denke zum Beispiel an ein Projekt, bei dem ausländische Ärzte mit gezielten Sprachkursen unterstützt werden, um sie auf die für die Zulassung notwendige Eignungsprüfung vorzubereiten.

Anrede,

neuerdings und im Angesicht der Kommunalwahlen im nächsten Jahr spricht auch die Ampelregierung von Heimat – vom, in Anführungszeichen, ländlichen Raum.

Statt noch einer neuen Hochglanzbroschüre, statt eines weiteren runden oder ovalen Tisches und statt eines weiteren Fachsymposiums erwarten wir von der Landesregierung deutlich mehr:

- Neue Modelle zur Organisation von Kindertagesstätten und Grundschulen in kleinen Orten.
- Keine Konzepte zur Schließung kleiner Grundschulen, sondern zum Erhalt kleiner Grundschulen.
- Neue Konzepte für die ärztliche Versorgung auf dem Land.
- Wirkliche **Stärkung des Ehrenamtes**, d.h. der engagierten Bürger vor Ort und nicht nur mehr Mittel für die Staatskanzlei.⁸
- Die Landesregierung stockt die Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements von 300.000 auf 700.000 Euro jährlich auf. Auf den ersten Blick positiv.

Aber wem kommt das zusätzliche Geld überhaupt zu Gute? Der Landesregierung selbst oder den Ehrenamtlichen?

Wenn zwei Drittel der Mittel direkt in die Staatskanzlei fließen, dann liegt doch eins auf der Hand: Hier geht es mehr um Publicity der MP und der Landesregierung als um die Ehrenamtlichen selbst. Und im Übrigen: Umgerechnet auf jeden Ehrenamtlichen im Land, sind das pro Person nicht mehr als ein paar Cent. Die Ehrenamtlichen brauchen keine Werbebriefe der Ministerpräsidentin. Sie haben ganz andere Probleme.

Und da hört oder liest man bei der Landesregierung wenig. Es wäre Aufgabe des Landes, den Ehrenamtlichen rechtssichere Rahmenbedingungen zu bieten. Hier gibt es immer etwas zu verbessern. Denn hier steigen die Anforderungen an Vereine und an Ehrenamtliche, die Verantwortung übernehmen, ständig.

Deshalb müssen sich Ehrenamtliche sicher fühlen und dürfen in ihrem Ehrenamt nicht durch Angst vor persönlicher Haftung im Rahmen ihres Engagements gebremst werden. Ehrenamt fördert man nicht, indem man in der Staatskanzlei Stellen schafft, sondern indem man die Engagierten vor Ort unterstützt.

⁸ Die Landesregierung stockt die Mittel für das Ehrenamt um 400 000 Euro auf. Zwei Drittel davon werden aber für Personalaufstockungen in der Staatskanzlei verwendet (Vgl. AZ, 20.10.2018)

Breitbandinfrastruktur

Zur Stärkung der ländlichen Regionen gehört insbesondere auch eine **flächendeckende** und **leistungsstarke Breitbandinfrastruktur**. Das muss mit Hochdruck angegangen werden. Die Beseitigung der großen „weißen Flecken“ in Rheinland-Pfalz muss oberste Priorität haben.

Anrede,

seien wir ehrlich: Sie sprechen von der Gigabitgesellschaft in zehn Jahren, tun sich aber in 2018 immer noch schwer damit, eine flächendeckende Bereitstellung von 50 M-bit pro Sekunde umzusetzen.

Laut der Studie, die die Finanzministerin gestern zitierte, ist Rheinland-Pfalz Vorreiter bei der sog. **Ausbaudynamik** von Breitband. Ein Verweis darauf, dass Sie jetzt etwas **weniger** langsam unterwegs sind als bisher, genügt dabei niemandem. Was zählt sind **Anschlüsse**, keine Planungshorizonte.

Die gleiche Studie lehrt uns auch etwas anderes: Nahezu ein Viertel der ländlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz verfügt über nicht mehr als 16 Mbit/s. Besonders unterversorgt sind weiterhin der Westerwald, die Eifel und die Westpfalz. Bei der Mobilfunknetzabdeckung in Rheinland-Pfalz sieht es ähnlich aus. Die andauernden Störungen und Ausfälle sind jedem hier bekannt.

Gern erinnere ich Sie noch einmal an Ihre Zielsetzung zu Beginn der Legislaturperiode:

- Flächendeckender Glasfaserausbau und die Verfügbarkeit von 50 Mbit/s bis Ende des Jahres 2018
- Ausstattung aller öffentlichen Gebäude mit kostenfreiem WLAN
- und fester Wille zum Ausbau von mobilem Breitbandinternet, dem 5G-Standard

Diese Zielsetzung ist heute im Ländervergleich bereits der Standard, denn unter den Flächenländern bilden wir bei der Breitbandversorgung neben dem Saarland weiterhin das Schlusslicht bei den westdeutschen Flächenländern. Die CDU-Fraktion will deshalb flächendeckende **Glasfaser- und Mobilfunkstandorte**, um dem tatsächlichen Bedarf einer Gigabitgesellschaft gerecht werden zu können.

Wir schlagen vor, dass sich Rheinland-Pfalz am hessischen Modell orientiert. Hessen plant, 800 Mobilfunkstandorte neu zu errichten und 4.000 Standorte umfassend zu modernisieren. Damit möchte Hessen primär noch unterversorgte Haushalte im ländlichen Raum mit mindestens 4G-Standard ausrüsten. Die Modernisierung der hessischen Netzversorgung setzt das Land in Kooperation mit der Industrie um.

Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Anrede,

wir sprechen ja heute viel über **Vorsorge**. Über **Daseinsvorsorge** zum Beispiel oder über Altersvorsorge. „**Vorsorge**“ getroffen hat die Staatskanzlei erstmal für sich selbst in einem ganz **anderen** Feld: Sie erhöht ihre Ausgaben für **PR und Öffentlichkeitsarbeit** um eine **halbe Million Euro**.⁹

Auch, um „**die Arbeit der Landesregierung zu legitimieren und Politikverdrossenheit vorzubeugen**“, so die Worte von Staatskanzleichef Hoch (Rheinpfalz, 23.10.18).

Haben Sie das **allen** Ernstes gesagt, Herr Staatskanzleichef? **Geniale** Formulierung! Sie brauchen mehr Geld, um – **ich muss das nochmal wiederholen** – die „Arbeit der Landesregierung zu legitimieren und Politikverdrossenheit vorzubeugen“?

Glauben Sie im **Ernst**, Sie würden die **Politikverdrossenheit** bekämpfen, indem Sie sich selbst eine halbe Million Euro **für Politikwerbung** zuschustern? Die Nähe zur Landtagswahl 2021 ist sichtbar. Schauen wir uns doch mal an, was die Landesregierung mit diesem Geld so tut:

z. B. die „**Rheinland-Pfalz-News**“ aus der Staatskanzlei. Ein **inhaltsschweres** Twitter-Format. Ich zitiere:

*„Malu #Dreyer : **Ich freue mich**, dass [#Bundespräsident](#) Steinmeier sich bei seiner Reise über Orte in unserem Land informiert, die zukunftsweisende Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels geben.“* und wenig später:

⁹ Von 190.000 auf 680.000 Euro.

„Malu #Dreyer: "Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz gut leben und arbeiten können. In der Stadt und auf dem Land." Abschluss der Reise mit [#Bundespräsident Steinmeier](#) in Rumbach. [#RLP](#)“

Aber was wirklich der Politikverdrossenheit vorbeugt:

„Der Tag des Händewaschens“

„Unser [#Gesundheitstipp](#) zum Start der neuen Woche: Hände waschen nicht vergessen! Gerade in der bevorstehenden kalten Jahreszeit ist es zur Prävention & zum Schutz vor Krankheitserregern wichtig, sich mehrmals täglich die Hände zu waschen. [#TagdesHändewaschens](#)“

Merke: Wenn der **Arzt** auf dem Land fehlt, wenden Sie sich **vertrauensvoll** an die **rheinland-pfälzische Staatskanzlei**. Ein bisschen Regenbogenpresse rundet das Ganze ab.

Anrede,

machen Sie sich mal die Mühe, und schauen Sie sich die Vorberichterstattung und die „Rheinland-Pfalz News“ samt zig Filmchen der Landesregierung zum Besuch des holländischen Königspaares an. Ich habe irgendwann aufgehört, zu zählen. Auch die CDU-Fraktion ist online. **Ja**, wir alle wollen in den **sozialen Netzwerken** stattfinden. Warum auch nicht? **Aber sich hinzustellen und Dreyer-Festspiele im Internet als Maßnahme gegen Politikverdrossenheit zu verkaufen – und das auf Steuerzahlerkosten – das ist doch lächerlich!**

Die Rheinpfalz formuliert treffend:

„Man könnte auch sagen, die Staatskanzlei bietet den Menschen eine eigene Internet-Blase an,... allein der Superlativ ist erlaubt.“ (Rheinpfalz vom 23.10.)

Hahn

Ein Vorschlag: Sie könnten in Ihren Rheinland-Pfalz-News künftig auch mal näher auf den Flughafen Hahn eingehen.

Als vorgestern Abend Meldungen eingingen, wonach sich Ryanair möglicherweise ganz vom Hahn verabschiedet, war das ein Paukenschlag. Nach Einschätzung von Experten kann der Hahn als reiner Frachtflughafen, ohne den Passagierflug, nicht existieren.

- Was wird dann aus den Mitarbeitern? Es geht um 3.000 Arbeitsplätze.
- Was wird aus den vom Fluggeschäft abhängigen Firmen?
- Was wird aus diesem für die Region so zentralen Infrastruktur-Projekt?

Anrede,

das Dementi der Hahn-Geschäftsführung überzeugt nicht. Zurückgewiesen werden lediglich Pläne über einen **kompletten** Rückzug der Iren. Fest steht, Flugpläne sind jetzt bereits ausgedünnt und die Menschen, die auf dem Hahn arbeiten, viele Kleinunternehmen und Firmen, sind total verunsichert. Wir haben deshalb die Landesregierung aufgefordert, für **Klarheit zu sorgen** und sich zur aktuellen Lage zu äußern.

Bislang hat es keine merklichen Investitionen des Käufers HNA gegeben, obwohl diese zugesagt waren. Wo sind die zusätzlichen 1.000 Passagiere pro Tag, wo die zusätzlichen Fluglinien geblieben?

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf: **Stellen Sie sicher, dass kein Steuergeld gezahlt wird, bevor klar ist, wie es auf dem Hahn weitergeht. Schützen Sie die Gelder des rheinland-pfälzischen Steuerzahlers!** Das zu klären ist jetzt Ihre Aufgabe!

Denn auch nach dem Verkauf des Hahn stehen Sie, Frau Ministerpräsidenten Dreyer und Ihre Ampel-Regierung in der unmittelbaren Verantwortung für diese Region und für die Menschen.

4. Neue Konzepte für Wohn- und Lebensräume

Die Landesregierung beklagt zu Recht die **extrem hohen Mieten** in den meisten Städten von RLP. Dort ist der Kauf oder die Miete einer Immobilie für Normalverdiener unerschwinglich geworden. Frau Ahnen hat gestern in ihrer Rede wie folgt formuliert:

„Eine engagierte und gute soziale Wohnungspolitik ist unerlässlich. Wir wollen gutes Wohnen in der Stadt und auf dem Land.“

Nur auf den Wohnungsgipfel nach Berlin zu fahren **ersetzt keine aktive Wohnungspolitik**. Deshalb muss die Frage erlaubt sein: Wer stellt denn die Oberbürgermeister in Mainz, Koblenz und Trier und auch in Ludwigshafen oder Kaiserslautern? In den Städten, in denen viele Studenten wohnen, ist doch die Wohnungsnot am größten.

Nur zu beklagen, dass die Mieten zu hoch sind, hilft jedenfalls niemandem weiter. Frau Ministerpräsidentin, Frau Finanzministerin, holen sie doch die Oberbürgermeister an einen Tisch und entwickeln sie Konzepte, die

- tragfähig sind,
- private Investoren nicht abschrecken,
- Kommunen dazu ermutigen, Flächen zur Verfügung zu stellen, ohne dabei maximalen Profit für die Stadtkasse herauszuschlagen.
- Und sorgen sie dafür, dass die Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, künftig zeitnah und vollständig abgerufen werden.

Lassen Sie uns auch hier gemeinsam mutige Schritte gehen, für **neue kreative und unkonventionelle** Konzepte, die private Investitionen für ein nachhaltiges Bauen erleichtern. Auf der anderen Seite schlagen wir vor, neu über die **Grunderwerbssteuer** nachzudenken.

Für die CDU-Fraktion wäre eine Senkung der Steuer auf Grunderwerb **vor allem im Sinne der Familienförderung** von Nutzen. Eine Familie, die es schafft, mit einer eigenen Immobilie in ihre Zukunft und in ihre Sicherheit zu investieren, die sollten wir steuerlich entlasten, hier sollten wir als Land unterstützen.

Doch das genügt nicht.

Wir sind überzeugt: Die **Straßenausbaubeiträge** sind nicht mehr zeitgemäß. Sie stellen einen Zankapfel in immer mehr Kommunen dar. Im ganzen Land gestritten wird über die Frage „Einmalbeiträge oder wiederkehrende Beiträge?“

Ein Streitpunkt, der so emotionalisiert ist, dass er sachlich nicht mehr zu entscheiden ist. Auch führen die Beiträge zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit, weil sie das Verhältnis zur Kommunalverwaltung zusätzlich belasten.

Hinzu kommt, dass das Beitragsrecht mittlerweile in sehr weiten Teilen nur noch von Einzelfallentscheidungen der Gerichte bestimmt wird, was wiederum Bürgerinnen und Bürger zunehmend veranlasst, Straßenausbaubeiträge vor Gericht streitig zu stellen.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam einen mutigen Schritt nach vorne gehen. **Lassen** Sie uns die Straßenausbaubeiträge **abschaffen**. **Finanzieren** wir in Zukunft die Anliegeranteile aus dem Landeshaushalt. **Entlasten** wir damit unsere kommunalpolitischen Mandatsträger, Verwaltung und Bürger.

V. Wichtige Anliegen

Anrede,

lassen Sie mich auf weitere wichtige Anliegen der CDU-Fraktion eingehen.

Taubblindengeld

Unter dem Stichwort der Sozialpolitik möchte ich am Anfang für eine kleine, besonders vernachlässigte Gruppe eine Lanze brechen. Für uns steht im Mittelpunkt der einzelne Mensch. Trotz unseres sehr engmaschig ausgebauten Sozialstaates gibt es die Schwächsten der Schwachen, die unserer besonderen Aufmerksamkeit und unseres besonderen Schutzes bedürfen.

Ein solches **schweres** Schicksal tragen die **Taubblinden**. **Taubblindheit** ist mehr als die Summe von Blindheit und Gehörlosigkeit. Taubblinde Menschen müssen auf beide Hauptsinne verzichten und können entsprechend viel weniger ausgleichen.

Die Folge sind erhebliche Beschränkungen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ein spezifischer Unterstützungsbedarf. Diese Menschen brauchen ein hinreichendes Auskommen und besondere Hilfsmittel. Im Zentrum muss jedoch eine soziale Betreuung stehen, die den besonderen Anforderungen dieser Menschen gerecht wird. Hierfür setzen wir uns ein.

Bildungspolitik

Unser wichtigstes Anliegen ist, unsere Kinder und jungen Leute,

- bestmögliche Grundlagen zu vermitteln
- und sie auf die Herausforderungen des Lebens vorzubereiten.

Die Herausforderungen für die Schulen **wachsen** dabei durch Inklusion, mehr Ganztagschulen, Sprachförderung, durch Integration und eine heterogenere Schülerschaft. Die Zahl der Lehrer hingegen **wächst nicht!** (2019: +49, 2020: -41,25 Stellen). Es ist verräterisch, wo gekürzt wird:

Gymnasien: 241 Stellen

BBS: 14,25 Stellen

Realschule plus: 241 Stellen

Gerade die Realschulen plus und die Berufsbildenden Schulen sind es, die sich um die Förderung praktisch begabter Schüler verdient machen.

Sie sind es, die die Abbruchquoten reduzieren, sie sind es, die Bildungsaufstieg in besonderer Weise ermöglichen. Und an dieser Stelle kürzen **Sie** hunderte Lehrerstellen, die nun für den Unterricht, für die Förderung und Beratung fehlen. Sie nennen dabei immer nur **die** Stellen, die Sie **neu** schaffen. Die wegfallenden Stellen fallen unter den Tisch. In der Summe tut sich nichts! Dieses Vorgehen ist genauso falsch wie die erneute Kürzung bei der Hochbegabtenförderung. Auch die Sprachfördermaßnahmen werden gekürzt (– 800.000 Euro).

Und das, obwohl rund ein Viertel aller Grundschüler die Grundschule verlässt, ohne den Mindeststandard der deutschen Rechtschreibung zu beherrschen. In ähnlicher Größenordnung stehen Grundschüler vor dem Übertritt in die weiterführende Schule, ohne den Mindeststandard im Lesen zu erreichen.

Es ist ein **Skandal**, dass Sie tatenlos zusehen, wenn ein Viertel unserer Schülerschaft einfach abgehängt wird. Denn wer nicht Lesen und Schreiben kann, der kann auch in allen anderen Bereichen der Bildung nicht mithalten.

Und es ist auch ein **Skandal**, dass Sie am Schreiben nach Gehör festhalten – anders als in anderen Bundesländern und trotz wissenschaftlichem Beleg für seine fatale Wirkung.

Innenpolitik

Gerade im Innenbereich zeigt sich, dass sich Oppositionsarbeit auch manchmal auszahlt.

Viele unserer Forderungen wurden aufgegriffen. Erinnerung sei nur an die Landesfeuerwehrschule, die Aufstockung der Tarifbeschäftigten bei der Polizei und eine deutliche Steigerung der Kostenansätze für den Verfassungsschutz. Hier waren wir gerne die Taktgeber. Doch das reicht beileibe noch nicht aus. Das zeigen die Zahlen der Polizei.

Wir liegen bei der Polizeidichte, gemessen an der Einwohnerzahl, im Bundesländervergleich an **vorletzter** Stelle. Die Überstunden sind noch immer immens hoch. Ja, Sie haben die Stellen bei der Polizeihochschule ausgeweitet, jedoch viel zu spät und zu zaghaft. Infolge sinken noch immer die Zahlen bei der Polizei, statt signifikant zu steigen.

Zusätzlich sagt GdP-Landeschef Ernst Scharbach zur Ausstattung bei der rheinland-pfälzischen Polizei: „Das organisierte Verbrechen lacht sich über uns kaputt!“¹⁰ Es zeigt sich nämlich, dass es bei der Sicherheit im Land noch immer massiv hakt:

- Die Dienststellen sind unterbesetzt
- Rund 10 Prozent der Polizisten sind nur bedingt einsatzfähig
- Die Zahl der Überstunden ist massiv
- Die Belastungen durch Großeinsätze und neue Herausforderungen von Digitalkriminalität und Extremismus nehmen zu.

SOLWODI

Und der CDU-Fraktion geht es in der Innenpolitik auch immer um den Opferschutz. Deshalb war es mir ein besonderes Anliegen, den Opferschutzbeauftragten durchzusetzen.

Wenn wir in diesem Jahr an die Frauenbewegung und die Er kämpfung des Frauenwahlrechts erinnern, dann dürfen wir **die** Frauen nicht vergessen, die Opfer besonders abscheulicher sexueller Gewalt geworden sind.

¹⁰ Vgl Trierischer Volksfreund 23.10.18

Es ist ein Herzensanliegen der CDU-Landtagsfraktion, Schwester Lea Ackermann mit ihrer Organisation **SOLWODI** stärker zu unterstützen. Schon kleines Geld hat hier große Wirkung, kann dazu führen, dass schwer traumatisierte Frauen wieder ein Leben in Würde führen können. Deshalb unternehmen wir erneut einen Versuch, die institutionelle Förderung um 70.000 Euro jährlich zu erhöhen.

Dies ist umso mehr gerechtfertigt, als diese Organisation letztlich mit ihrem Einsatz den Staat entlastet.

Eine weitere Großbaustelle bleibt die **Feuerwehr**. Wir brauchen eine **Offensive** für unsere Wehren. Denn es wird immer schwieriger, neue Freiwillige zu finden, die sich für diesen wichtigen Dienst an unserer Gesellschaft bereit erklären. Deshalb müssen wir doch dafür sorgen, dass wir die Ausstattung verbessern und vor allem unseren Respekt und unsere Anerkennung gegenüber den Feuerwehrmännern und -frauen sichtbar zum Ausdruck bringen. Die CDU-Fraktion steht zur Leistung unserer Feuerwehr!

Justiz

Auch im Bereich der Justiz hat sich unsere Oppositionsarbeit **gelohnt**. Die größten Personalengpässe werden Stück für Stück überwunden. Nur zur Zufriedenheit der Betroffenen führt dies nicht. Denn es sind erhebliche Anstrengungen nötig, die entstandenen Personaldefizite abzubauen. Der jetzige Haushaltsentwurf macht in diesem Bereich einen Anfang, **aber mehr nicht**. Umso wichtiger ist, dass sich die Landesregierung hinter ihre Beschäftigten stellt. Ich nenne einige Beispiele aus dem Bereich des Justizvollzugs:

- So wurden im ganzen Land Hessen weniger Überstunden erarbeitet als alleine in der JVA Diez (so der BDSD).
- Da müssen Beamte ohne Schutz gefährliche Gefangene über den Hunsrück transportieren. Während das Gericht, in dem beschriebenen Fall vom Sondereinsatzkommando abgesichert ist, steht den Fahrern der Justiz nur Pfefferspray zur Verfügung.
- Da steht den JVA-Bediensteten bei gefährlichen Gefangenen kein Taser zur Verfügung, womit die Bediensteten in Einzelfällen schutzlos Angriffen ausgesetzt sind,
- Und da werden Gefangene mit Lachyoga therapiert.

Das ist doch nicht Ihr Ernst?! Wirksamer Schutz der Bediensteten und Wertschätzung des Dienstherrn für seine Beschäftigten sieht anders aus.

Landwirtschaft und Weinbau

Man kann nicht über die Zukunft von Rheinland-Pfalz sprechen, ohne über Landwirtschaft und Weinbau zu sprechen. Sie sind Kraftzentren unserer ländlichen Regionen. Zwar werden in der Einführung des Einzelplans Themen wie

- umweltgerechte Landbewirtschaftung (EULLa / Steillagenweinbau),
- die Förderung des Absatzes regionaler Produkte,
- die Förderung der Beratung
- und der Aufbau einer zentralen, digitalen Informations-, Beratungs- und Kommunikationsplattform im Sinne einer Vernetzung aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten **angerissen**.

Schaut man dann aber genauer hin, fällt vieles wie eine alte Scheune in sich zusammen:

- Die Mittel für die Beratung landwirtschaftlicher Betriebe werden **nicht erhöht** und teilweise nicht einmal ausgeschöpft.
- Die als „*herausragendes Ziel*“ formulierte Stärkung der heimischen Produkte wird zwar textlich untermauert, spiegelt sich in den Haushaltstiteln aber nicht in gleichem Maße wieder.

Der Ideenreichtum der Landesregierung hinsichtlich der Stärkung der regionalen Vermarktung hält sich offensichtlich in Grenzen.

- **Digitalisierung im ländlichen Raum** ist ein weiteres erklärtes Ziel, aber gerade in der Ausbildung und Clusterbildung wird kein Schwerpunkt gesetzt. So wurden die Mittel der überbetrieblichen Zusammenarbeit (Maschinenringe) nicht ausgeschöpft und auch nicht erhöht, obwohl die Ausbildung und die Clusterbildung wesentliche Bestandteile des Strukturwandels sind.
- in der Ausbildung in den „Dienstleistungszentren Ländlicher Raum“ wird kein Schwerpunkt auf die Digitalisierung gelegt, obwohl eine zukunftsweisende, fortschrittliche Ausbildung eine Grundvoraussetzung für die zukünftige Ausrichtung unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist.

Wir werden unser Augenmerk auf die regionale Vermarktung und die Digitalisierung im ländlichen Raum setzen und ganz gezielt in eine fundierte und praxisnahe Beratung investieren.

Umwelt: Umsetzung der Biodiversitätsstrategie

Der Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz fehlt es nicht an Geld. Offensichtlich fehlt es den verantwortlich Handelnden aber an Vorstellungskraft und erst recht an organisatorischem Können, Umweltpolitik wirkungsvoll und nachhaltig umzusetzen. Im Umweltetat schlummern seit Jahren gewaltige Summen, die nicht ausgegeben werden. Das lässt sich am Beispiel der Biodiversität eindrucksvoll belegen: In ihrer jüngsten Regierungserklärung lobt sich die Landesregierung selbst: ZITAT „*Die Aktion Grün kommt an.*“

Der Schutz der Biodiversität, das ist, so könnte man meinen, ein urgrünes Thema. Ein Thema, das bei einer grünen Umweltministerin ganz vorne auf der Agenda stehen müsste. Und auf den ersten Blick hört es sich gut an, was sich die Landesregierung zum Schutz der Artenvielfalt hat einfallen lassen:

Ein ZITAT „**Schwerpunkt in der Naturschutzpolitik**“. **Bis 2020 werden wir insgesamt 9 Millionen Euro** zusätzlich für die „Aktion GRÜN“, zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, in unserem Land bereitgestellt haben. Markige Worte, **aber**: Davon fliegt noch keine Biene **mehr**, davon ist keine Tierart **weniger** vom Aussterben bedroht. **2017** wurden gerade einmal **gut 50.000 Euro** von veranschlagten **1.140.000 Euro** in Projekte umgesetzt. Ich stelle fest, dies belegt: Sie haben keine umsetzungsorientierte Strategie und kein vernetztes, durchdachtes und stimmiges Konzept.

Kultur

Lange Zeit war das Engagement der Landesregierung im Bereich der Kultur unzureichend. Nur deshalb, weil **wir** den Finger in die Wunde gelegt haben, bewegt sich jetzt etwas. Trotzdem sind wir im Bundesvergleich immer noch weit hinten.

Wir fordern von der Landesregierung mehr Mut für die Kultur in unseren Regionen, für eine angemessene Finanzausstattung freier und staatlicher Träger und ein klares Bekenntnis zur Hochkultur.

VI. Schluss

Anrede,

wir stehen in Rheinland-Pfalz mit diesem ersten ausgeglichenen Doppelhaushalt an einem Wendepunkt. An diesem Wendepunkt bieten sich viele Chancen, Herausforderungen, aber auch Risiken.

Wir sollten so ehrlich sein zuzugeben, dass in diesem Hause nicht nur auf der einen Seite die guten und auf der anderen Seite die schlechten Ideen stehen.

Lassen Sie uns mutig sein. Über unseren eigenen Schatten springen und ausgehend von den Chancen, die dieser Haushalt den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bietet, die Zukunft gemeinsam in die Hand nehmen.

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, sind dazu bereit.